

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Saalekreis

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Saalekreis!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohndlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Ausgrenzung und Abwanderung stoppen

Auch im Saalekreis gehen die Menschen fort, wenn die Verhältnisse prekär sind. Damit muss endlich Schluss sein.



Armut und prekäre Lebensverhältnisse haben viele Gesichter – auch im Saalekreis. Zuerst denke ich dabei an jene Bürgerinnen und Bürger, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Trotz rückläufiger Zahlen sind es immer noch zu viele Menschen und vor allem auch Kinder, die davon betroffen sind. Die Konsequenzen sind gravierend: Wer mit so geringen finanziellen Mitteln auskommen muss, hat kaum Spielraum, sich zu entfalten. Wer das Gefühl hat, nicht verstanden geschweige denn akzeptiert zu werden, wird nicht mehr am sozialen Leben teilnehmen. Kinder wachsen in einem Umfeld auf, das von Perspektivlosigkeit und geringem Selbstwertgefühl geprägt ist. Damit beginnt zugleich ein Teufelskreis, aus dem kaum ein Mensch ohne Unterstützung ausbrechen kann. Und eben diese Unterstützung kann nur vor Ort gegeben werden. Deshalb setze ich mich unter anderem dafür ein, dass die Behörden und Ämter in erster Linie den Menschen und nicht nur einen Aktenvorgang oder eine Nummer sehen. Denn wir können auf diese Menschen nicht verzichten.

Aber auch zahlreiche Berufstätige leiden unter sehr schwierigen Lebensverhältnissen. Der

Saalekreis profitiert zwar von der Ansiedlung zahlreicher Unternehmen im Großraum Leipzig-Halle, aber dabei sollte man genauer hinschauen: Nicht jeder Arbeitsplatz ist auskömmlich. Insbesondere in der Logistik- und Dienstleistungsbranche, die in der Region sehr stark vertreten ist, sind die Verdienstmöglichkeiten häufig sehr schlecht. Auch diese Menschen müssen sich für ihren Lebensunterhalt Unterstützung von den Ämtern holen oder mehrere Arbeitsverhältnisse eingehen. Das sind unwürdige Zustände.

Auch die Arbeitsbedingungen selbst sind teilweise katastrophal. Zum Beispiel rühmt sich die Deutsche Post DHL Group am Flughafen Leipzig-Halle,

mehrere tausend Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Aber was sind das für Arbeitsplätze! Die Hauptgeschäftszeit für den Warenumschlag ist nachts. Damit arbeiten die Beschäftigten fast ausschließlich in Nachtschichten. Überbrückungszeiten zwischen zwei Stoßzeiten müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilweise in ihren privaten Fahrzeugen verbringen. Diese Zeiten gelten nicht als Arbeitszeit. Das sind untragbare Verhältnisse. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, was ständige Nachtarbeit für die Familien zur Folge hat: Wie kann unter solchen Bedingungen eine Familienplanung oder gar ein Familienleben stattfinden? Welche gesundheitlichen Auswirkungen hat dauerhafte Nachtarbeit? Ähnliche Folgen haben auch Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge, die in anderen großen Unternehmen üblich sind. Gerade junge Menschen sind dadurch häufig gezwungen, die Familienplanung hinauszuschieben oder die Region zu verlassen, weil sie andernorts mehr Perspektive für sich sehen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen mit all ihren Fähigkeiten und ihrem Potenzial entweder unsere Region verlassen oder sich gänzlich aus dem so-

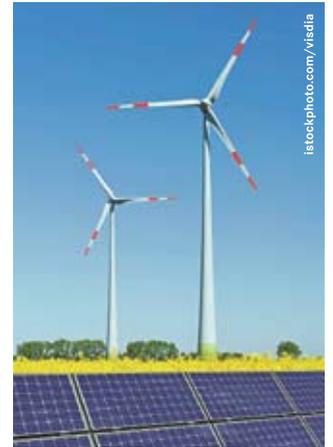
zialen Leben zurückziehen. Wer sich einmal daraus verabschiedet hat, der ist nur sehr schwer wieder zurückzugewinnen. Hier sehe ich einen wichtigen Punkt meiner Arbeit sowie meiner politischen und sozialen Verantwortung: Ich will den Menschen Möglichkeiten zur Teilhabe und zur persönlichen Entfaltung geben. Bei persönlichen Gesprächen an Infoständen, auf Veranstaltungen wie dem Sommerfest oder beim »Bunten Frühstück« in Merseburg höre ich mir die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger an und gebe Hilfe bzw. nehme diese Probleme in Angriff. Deshalb setze ich mich als Politikerin für mehr Druck auf die Unternehmen ein, damit die prekären Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt werden.

Kerstin Eisenreich



Kerstin Eisenreich

ist unsere Kandidatin im Wahlkreis 39 (Merseburg). Der Wahlkreis umfasst die Städte Merseburg, Leuna (Kernstadt) und Braunsbedra. Kerstin Eisenreich, Jahrgang 1969, ist seit 2013 Mitglied der Partei DIE LINKE und seit 2014 Vorsitzende der Fraktion im Kreistag Saalekreis sowie Mitglied im Gemeinderat Kabelsketal. Sie ist von Beruf Dolmetscherin und Übersetzerin und hat zwei Kinder.



Energiewende und Mobilität

Windräder und Solaranlagen sind inzwischen zum sichtbaren Zeichen der Energiewende im Saalekreis geworden. Mit der gegenwärtigen Diskussion um die (Nicht-)Schließung von Kohlekraftwerken bzw. die Einrichtung sogenannter Notreserven bleiben die Bemühungen um eine drastische Reduzierung von CO₂-Emissionen erneut auf der Strecke. Hier ist mit aller Konsequenz auf den Ausstieg aus der Energieerzeugung mit fossilen Brennstoffen zu drängen, damit unsere Umwelt nachhaltig geschützt und der Klimawandel gebremst wird. Eigenes Nichtstun mit Umweltsünden anderer zu rechtfertigen, ist nicht akzeptabel. Im Zusammenhang mit der Energiewende wird über den Verkehr nur selten diskutiert. Dessen CO₂- und andere Schadstoffemissionen haben gravierende Auswirkungen auf unsere Umwelt und unsere Gesundheit. Gerade die aktuellen Skandale um manipulierte Abgaswerte führen uns vor Augen, dass dringend Alternativen im Personen- und Güterverkehr entwickelt werden müssen. Eine solche Alternative ist der öffentliche Personennahverkehr. Mit Bus und Bahn wird einerseits die Mobilität der Bevölkerung, vor allem auch der älteren Generation, gesichert, und zugleich sind diese Verkehrsmittel wesentlich umweltfreundlicher. Gerade im ländlichen Raum gibt es hier jedoch viele Defizite. In der Vergangenheit wurden schwerwiegende Entscheidungen zur Stilllegung von Bahn- oder Busstrecken allein aus Wirtschaftlichkeitsgründen getroffen, große Prestigeprojekte wurden gefördert, statt die vor Ort nutzbaren Ressourcen zu erhalten und auszubauen. Menschen wollen und müssen mobil sein. Sie werden aber nur dann auf ihr Privatfahrzeug verzichten können, wenn öffentliche Verkehrsmittel barrierefrei, bürgerfreundlich, gut erreichbar und für alle bezahlbar sind. Hier sehe ich erheblichen Nachholbedarf.

Kerstin Eisenreich



Daniela Müller

*Liebe Wählerin,
lieber Wähler,*

ich bin Kandidatin für die Landtagswahl am 13. März 2016, 35 Jahre alt und seit Juli 2015 stellvertretende Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE im Saalekreis. Als gelernte Diplom-Kauffrau habe ich in den vergangenen zehn Jahren in verschiedenen Branchen und Unternehmen der Wirtschaft gearbeitet.

Durch meine Tätigkeiten war es mir möglich, hinter die Kulissen zu blicken. Und was ich gesehen habe, hat mir nicht immer gefallen. Deswegen möchte ich etwas ändern. Ich möchte, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse ein Ende haben und es sich lohnt zu arbeiten. Befristete Verträge möchte ich auf ein Minimum reduzieren. Arbeitnehmer sollen durch gerechte und auskömmliche Bezahlung mehr Spielraum für die Lebensgestaltung haben.

Ich möchte, dass mehr Frauen in Führungspositionen arbeiten. Die Familie und der Beruf müssen vereinbar sein. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen die Möglichkeit bekommen, bis zu ihrer Rente in Arbeit zu bleiben. Meine Forderungen betreffen auch die Bereiche Bildung, Familie und Soziales. Um Ihre Interessen zu vertreten, werde ich mit diesen Ressorts sehr eng zusammenarbeiten, damit es sich für Sie lohnt, in Sachsen-Anhalt zu bleiben. Gemeinsam für eine bessere Zukunft!

Ihre Daniela Müller

Für eine nachhaltige Bildung mit gleichen Chancen für alle!

Wir wollen nicht zulassen, dass Bildung ein Privileg derer ist, die über Geld verfügen



Bildung ist die Formung des Menschen im Hinblick auf sein Menschsein. Bildung zeigt die geistigen Fähigkeiten des Menschen und ist somit ein Spiegelbild seiner selbst. Deutschland, als Land der Dichter und Denker, aber auch der Pädagogen und Erzieher, muss daher umso mehr bestrebt sein, das selbst gesteckte hohe Bildungsideal der mündigen Bürgerin, des mündigen Bürgers zu erreichen. Im Deutschland des 21. Jahrhunderts darf Bildung kein Privileg werden, sondern muss ein Grundrecht aller Menschen bleiben. Doch welches Grundrecht

auf Bildung? In einer Zeit, in der Geld für marode Banken da ist, in der Millionen an Fördermitteln veruntreut werden, scheint es kein Geld zu geben für unsere Zukunft, für unsere Kinder. »Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.« Dieses Zitat von John F. Kennedy zeigt uns, auf welchem Weg wir in der Bildung gerade sind. Unsere Bildungslandschaft spiegelt die Kleinstaaterei eines Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert wider. In einer Zeit, in der wir Fachkräfte und gut ausgebildete Lehrlinge mehr brauchen denn je, taumelt das

Bildungssystem der vermeintlichen Dichter und Denker orientierungslos am Abgrund, macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Um dieser Hoffnungslosigkeit aktiv entgegenzuwirken, muss im Kleinen begonnen werden. Schule und Kita, als kleine Zentren des sozialen Lebens von Kindern und jungen Familien, müssen flächendeckend Kinderbetreuung bieten, schnell und gut erreichbar sein, um Eltern die Sicherheit zu geben, dass ihre Kinder gut betreut sind. Diese Voraussetzungen sind wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Weiterhin müssen die lokalen Verwaltungen (Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden) mehr Mitspracherechte bei der Planung der Schulstandorte sowie bei der Planung und Gestaltung der Lernumgebung erhalten. Ebenso muss die ausreichende systembezogene Ausstattung mit Lehrkräften sichergestellt werden, um ein nachhaltiges Arbeiten zu ermöglichen. Außerdem muss eine Anpassung der Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte an die umfangreicheren und anspruchsvolleren Aufgaben durchgeführt werden. Weiterhin müssen Klassen und Lerngruppen auf ein vernünftiges Maß verkleinert werden. Man kann mit einem kostenlosen Mittagessen noch mehr erreichen, man muss es nur wollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Bildung ein Privileg wird, dass wir das Potenzial und die Zukunft unserer Kinder leichtfertig aufs Spiel setzen. Des-

halb setze ich mich als Politiker dafür ein, unseren Kindern eine Zukunft zu geben, die ihnen gerecht wird und ihnen alle Möglichkeiten offen hält.

Andrei Fischer



Andrei Fischer

ist unser Kandidat im Wahlkreis 40 (Querfurt). Der Wahlkreis umfasst die Städte Querfurt, Allstedt, Bad Bibra, Goethesstadt Bad Lauchstädt, Eckartsberga, Mücheln (Geiseltal) und Schraplau sowie die Gemeinden An der Poststraße, Barnstädt, Farnstädt, Finne, Finnland, Kaiserpfalz, Lanitz-Hasselatal, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen und Steigra. Andrei Fischer, Jahrgang 1982, ist seit einem Jahr Mitglied der Partei DIE LINKE und Gemeinderat in Barnstädt. Nach seinem Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena arbeitet er nun als Lehrer in der Regelschule in Roßleben.

Die Hälfte der Macht gebührt den Frauen

Dass die CDU Sachsen-Anhalts ein sehr befremdliches Frauenbild haben muss, zeigt sich schon an der Tatsache, dass

gerade mal ein kleiner Bruchteil ihrer gewählten Direktkandidaten Frauen sind. Auch was die Vergabe von Ministerposten

und Funktionen nach der Landtagswahl 2011 anging, konnte anscheinend kein einziges der doch sehr selten weiblichen Fraktionsmitglieder den hohen Ansprüchen ihrer männlichen Kollegen genügen.

Als die Frauen das zu Recht monierten, tat Innenminister Holger Stahlknecht ihre Kritik kurzerhand als »Eierstockgehabek« ab. Dass Frauen für die CDU generell einen anderen Platz in der Gesellschaft haben und wie dieses krude Frauenbild mitgetragen wird, zeigt sich an den jüngsten Äußerungen eines Mitglieds der Landsberger CDU-Stadtratsfraktion. Dieses forderte mich in einer Diskussion zum Nachtragshaushalt auf, doch erst einmal zwei Kinder zu bekommen, bevor ich mich hier einbringe, und ertete dafür zustimmendes Nicken von seinen, bis auf eine Ausnahme, durch

die Bank männlichen Kollegen. Eigentlich sollte es Aufgabe aller demokratischen Parteien, egal welcher politischen Couleur, sein, aktive demokratische Teilhabe von Frauen zu fördern. Die CDU möchte sie anscheinend lieber zurück an den Herd verweisen, damit sie erst einmal ihrer »biologischen Aufgabe« nachkommen, ehe die Männer ihnen gnädigerweise gestatten, am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen. Daran zeigt sich mal wieder, dass mit dieser Partei schlicht keine emanzipatorische Politik möglich ist. Doch für uns bleibt es dabei: Die Hälfte der Macht gebührt den Frauen. Ihre Anschauungen, Erfahrungen, Ideen und Wünsche sind für die Entwicklung unserer Gesellschaft genauso wertvoll und wichtig wie die der Männer.

Pia Schillinger



Kontakt

DIE LINKE. Saalekreis
Burgstraße 9
06217 Merseburg
Telefon: 03461 / 21 31 80
vorstand@dielinke-saalekreis.de
www.dielinke-saalekreis.de

Inklusion ist eine humanistische Herausforderung für uns alle

Wir brauchen Förderprogramme für ein inklusives Gemeinwesen und eine Stärkung bestehender und entstehender Aktionsbündnisse



Am 13. Dezember 2006 wurde von der UN-Generalversammlung die Behindertenrechtskonvention beschlossen, die im Mai 2008 in Kraft getreten ist. Seitdem ringen staatliche Behörden und nicht zuletzt auch unsere Schulen darum, die dort geforderten Rechte der Menschen mit Behinderungen im täglichen Leben immer besser zu gewährleisten. Dies stellt alle Pädagoginnen und Pädagogen, aber auch die Gemeinden und den Landkreis als Schulträger vor immense Herausforderungen,

die längst noch nicht gemeistert sind. Im Sinne der UN-Konvention ist unter dem oft noch ungewohnten Begriff der Inklusion mehr zu verstehen als nur Integration. Die Bedeutung ist weitreichender und stellt uns das Ziel, alle Menschen jederzeit und an jedem Ort so zu unterstützen, dass sie ohne Einschränkung am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben und ihre Potenziale voll entfalten können. Gemeint sind nicht nur Menschen mit »klassischen« Behinderungen, sondern

alle Menschen, die benachteiligt sind und besondere Unterstützung brauchen. Menschen aus schwierigen sozialen Lebenslagen ebenso wie Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen, mit anderer Hautfarbe, mit anderer Religion oder mit anderer Herkunft und Sprache.

Inklusion geht uns alle an und ist ein zutiefst linkes Anliegen. Sie ist aber auch eine Aufgabe, die nicht innerhalb weniger Jahre zu erfüllen ist, sondern den Zeitraum einer ganzen Generation umfasst und möglicherweise noch länger dauern wird. Denn der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft geht nicht allein über Behörden und Schulen, auch wenn diese sehr wichtige Wegbereiter sind und vorangehen müssen. Inklusion muss bei der Gemeinschaft im täglichen Leben ankommen. Dazu kann jeder einen Beitrag leisten. Niemand muss warten, bis Vorgaben gemacht oder bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Vor allem in den Vereinen können wichtige Schritte gegangen werden. Im Sport- und im Karnevalsverein, in der Freiwilligen Feuerwehr, im Heimatverein und im Jugendclub – überall kann etwas dafür getan werden, dass Ausgrenzung keine Chance hat und Gemeinsinn gelebt wird.

Dafür müssen mehr Anreize geschaffen werden. Denn Inklusion setzt zwar den Willen und die Überzeugung der Menschen vor Ort voraus – aber ohne finanzielle und personelle Unterstützung, ohne Fachwissen und die Schaffung von Netzwerken werden auch die größten Enthusiasten schnell an ihre Grenzen stoßen. Das gilt in den Gemeinden ebenso wie in den Schulen. Wenn Benachteiligungen und Behinderungen ausgeglichen werden sollen, so dass alle gleichermaßen teilhaben und gemeinsam die gesteckten Ziele erreichen können, dann müssen Bedingungen geschaffen werden, die eine solche differenzierte Unterstützung auch tatsächlich möglich – und nicht nur wünschenswert – machen. Deshalb brauchen wir Förderprogramme für ein inklusives Gemeinwesen. Für die Gemeinden und die Vereine, für die Schulen und die Schulträger. Dabei müssen die bereits bestehenden Behinderten- und Inklusionsbeiräte bzw. Aktionsbündnisse der Landkreise als der kommunale Motor für die Inklusion gestärkt und von der Landesregierung deutlich mehr unterstützt werden.

In den skandinavischen Ländern, die eine Sonderung von Behinderten z. B. im Schulwesen schon

lange nicht mehr kennen, entwickeln sich wertvolle soziale Kompetenzen bei allen Kindern und Jugendlichen, die im alltäglichen Leben in der Gemeinschaft wirken. Inklusion nützt somit allen und kann auch Spaß machen.

Thomas Lippmann



Thomas Lippmann

ist unser Kandidat im **Wahlkreis 33 (Saalekreis)**.

Der Wahlkreis umfasst die Stadt Wettin-Löbejün sowie die Gemeinden Seegebiet Mansfelder Land, Salzatal, Teutschenthal, Petersberg (ohne den Ortsteil Brachstedt). Thomas Lippmann, Jahrgang 1961, ist seit 25 Jahren Mitglied im Landesvorstand der GEW und seit 1998 deren Vorsitzender. Er hat drei erwachsene Kinder und ist parteilos.

Für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bleiben wir am Ball!



Kurz vor den Wahlen beklagt die Politik immer wieder das Desinteresse vieler Bürgerinnen und Bürger, sich an der Wahl zu beteiligen. Da kommen dann solche Ideen wie längere Öffnungszeiten der Wahllokale oder Veranstaltungen zur Erklärung der Bedeutung von Wahlen auf. Dies wird aber an dem grundlegenden Mangel, dass sich die meisten Menschen in Entscheidungen nicht einbezogen, ja nicht einmal darüber informiert sehen und deshalb das Interesse an Mitgestaltung ver-

lieren, nichts ändern. DIE LINKE im Saalekreis hat sich immer wieder für mehr Demokratie, für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger starkgemacht. Ein erster, wesentlicher Schritt war für uns die Verbesserung der Möglichkeiten, sich zu informieren. Wir haben uns für Bürgerfragerecht in Ausschusssitzungen und mehr Rechte von zum Beispiel Senioren- oder Jugendvertretungen eingesetzt. Ganz wichtig war uns auch, dass die Kommunen endlich wirkliche Bürgerinformations-

und -beteiligungssysteme im Internet zugänglich machen. Langsam bewegt sich dort nun etwas, so dass den Bürgerinnen und Bürgern die Dokumente für Ausschusssitzungen, Protokolle, Pläne, Konzepte, Satzungen zugänglich werden. Davon profitieren übrigens auch die Mitglieder der Vertretungen, wenn sie in den Sitzungen Zugriff auf alle Dokumente haben.

Zudem haben wir uns für die Einrichtung von Jugendparlamenten eingesetzt und auch die Arbeit mit Bürgerhaushalten angeregt. Wir wollen zumindest erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger über einen gewissen Teil des Haushaltes mitbestimmen, also z. B. zwischen zwei Projekten in der Kommune eine Auswahl treffen können. Leider sind wir hier noch nicht erfolgreich, werden aber weiter daran arbeiten.

Ein ganz intensives Feld der Beteiligung sind die Bürgerinitiativen, die sich im Saalekreis z. B. gegen Schweinemastanlagen, Windkraftprojekte, Biogasanlagen, Autobahnbau, Abfallentsorgung und in jüngster Zeit gegen

Entscheidungen eines Abwasserzweckverbandes richteten. Solche Initiativen haben wir oft materiell, logistisch und informell unterstützt.

Die Grenze für Bürgerbeteiligung liegt heute oft darin, dass sie meist über den ersten Schritt, also die bessere Information, nicht hinausgeht. Viele empfinden das als bloße Beschäftigung, ohne wirklich eigene Ideen in die Projekte einbringen zu können, denn häufig geht es nicht um die Verhinderung von Vorhaben (was oft unterstellt wird), son-

dern um eine Veränderung der Dimensionen.

Wir brauchen also dringend mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten. Denkbar wären gesetzliche Regelungen, die abhängig von Quoren die Übernahme von Bürgerforderungen umsetzen. Daran werden wir weiter arbeiten, denn erst wenn die Menschen sehen, dass ihr Einsatz etwas verändert, wird auch wieder Interesse am politischen Mittun wachsen.

Angelika Hunger



Für ein solidarisches, offenes und tolerantes Weltbild

Es ist mehr nötig, als die Erinnerung wachzuhalten – wir müssen uns aktiv gegen Rechts zur Wehr setzen

»Wer die Vergangenheit nicht versteht, versteht nichts wirklich.« Im Sinne dieses Zitats von Stefan Zweig pflanzte der Ortsverband der Partei DIE LINKE. Landsberg anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus einen Rothorn im Landsberger Uhd-

Park. Neben Parteimitgliedern aus Landsberg waren auch die Bundestagsabgeordnete Petra Sitte, Gisela Döring vom Bund der Antifaschisten und der Pfarrer i. R. Manfred Thon zu Gast. In Zeiten, in denen Rechtsradikale und sogenannte besorgte Bürger ganz offen gegen Geflüchte-

te hetzen, Gewalttaten verüben und sich das gesellschaftliche Klima in Deutschland immer mehr nach rechts verschiebt, ist es umso wichtiger, sich auf antifaschistische Traditionen zu besinnen. Es ist wichtig, auch heute ein Zeichen gegen die wiedererstarkende Menschenfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft zu setzen. Die momentanen Entwicklungen sind fatal. Es vergeht kein Tag mehr ohne eine neue Schreckensmeldung über brennende Flüchtlingsunterkünfte, eingeworfene Scheiben und rassistische Parolen, Gewalt- und Morddrohungen und Schmierereien an Kraftfahrzeugen, Büroräumen oder Privatwohnungen von Personen oder Organisationen, die sich mit Geflüchteten solidarisieren. Aber statt den Rechtsterrorismus als solchen zu benennen und ihm den Kampf anzusagen, sucht die derzeitige Regierung – sowohl im Land als auch im Bund – sogar den Diskurs mit diesen geistigen Brandstiftern, versucht, sie als Wähler zu gewinnen und »belohnt« den of-

fen zur Schau getragenen Hass und die gelebte Gewalt mit Asylrechtsverschärfungen und Diskussionen über Obergrenzen, Grundrechte und Transitzone an deutschen Grenzen. Doch wer in seinem Leben schon ein einziges Mal ein Geschichtsbuch aufgeschlagen hat, weiß, dass dies genau der falsche Weg und zudem ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ist. Wenn die anderen Parteien diesen Weg gehen, stehen wir als DIE LINKE besonders in der Pflicht, diesem Klima der Menschenfeindlichkeit ein solidarisches, offenes und tolerantes Weltbild entgegenzusetzen. Unser junger Baum muss daher auch ein Symbol dafür sein, dass mehr nötig ist als das bloße Erinnern. Dass etwas daraus erwachsen muss: ein aktiver und auch kämpferischer Antifaschismus, eine Kultur der Offenheit und Toleranz und auch der Solidarität mit den Opfern von fremdenfeindlichen Anfeindungen und Gewalttaten.

Pia Schillinger



Pia Schillinger

ist unsere Kandidatin im **Wahlkreis 34 (Bad Dürrenberg-Saalekreis)**. Der Wahlkreis umfasst die Städte Bad Dürrenberg und Landsberg, die Gemeinden Kabelsketal, Schkopau sowie die Ortsteile Friedensdorf, Günthersdorf, Horburg-MaBlau, Kötschlitz, Kötzschau, Krepau, Rodden, Spergau, Zöschen und Zweimen von der Stadt Leuna und den Ortsteil Brachstedt von der Gemeinde Petersberg.

Pia Schillinger, Jahrgang 1996, ist seit 2013 Mitglied der Partei DIE LINKE und seit 2014 Mitglied im Stadtrat von Landsberg. Sie ist Studentin der Rechtswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ledig und Kandidatin des Jugendverbandes der Partei.



Für eine kommunale Abfallentsorgung im Saalekreis

Für die Erledigung von Aufgaben der Daseinsvorsorge existieren zwei Modelle: die Privatisierung oder die Eigenregie der Kommunen. Wir sind für Eigenregie, denn sie bietet der Kommune die Möglichkeit der direkten Einflussnahme auf alle mit dem Vorsorgeprozess verbundenen Aufgaben. Abfallentsorgung zählt unstrittig zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge. Hier ist die kommunale Variante wesentlich flexibler. Man kann Konzept und Aufgaben beeinflussen, bis hin zur konkreten Gebührengestaltung. Bei Bedarf können Strukturen und zeitliche Abfolgen geändert sowie Sonderaufgaben festgelegt werden. Außerdem ist es einfacher, bei Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen schnell zu handeln. Das betrifft auch Umweltaspekte bei der Entsorgung. Hier sehen wir die Müllvermeidung als wichtiges Ziel, aber auch die Optimierung des Sammel-Systems. Diese Mitwirkung wird jedoch nur möglich, wenn wir als Landkreis diese Aufgabe selbst übernehmen. All dies ist bei Vergabe von Aufgaben der Daseinsvorsorge an einen privaten Träger mit Schwierigkeiten verbunden. Nicht vertraglich verein-

barte Leistungen müssen mitunter teuer gekauft werden. Bei Ausschreibungen muss der Leistungsumfang vorab für vernünftige Laufzeiten, das heißt zehn Jahre oder mehr, bis ins Letzte definiert sein. Wenn dann nach vielem Hin und Her, denn ohne Klagen geht heute kaum noch ein Ausschreibungsverfahren ab, der Vertrag zustande kommt, sind wir als Landkreis für die Vertragsdauer fest an die vereinbarten Bedingungen gebunden. Koste es, was es wolle! Ergeben sich neue Umstände, muss neu ausgeschrieben werden, wodurch zusätzliche Kosten entstehen. Letztere müssen dann wieder auf die Verbraucher umgelegt werden. Der Spielraum, Einfluss auf den Entsorger auszuüben, z. B. wegen der Beseitigung von Mängeln, ist äußerst gering. Hinzu kommt, dass ab 2017 durch die Schaffung eines einheitlichen Entsorgungsgebietes im Saalekreis ein privater Entsorger definitiv zum Monopolisten wird. Die Auswirkungen einer solchen Situation können durchaus verheerend sein. Ist der Vertrag ausgelaufen, muss neu ausgeschrieben werden. Wieder ein neuer Entsorger! Das haben wir auf anderem Gebiet gerade erst mit dem Ret-

tungsdienst erlebt: Da gehen dann tatsächlich auch Arbeitsplätze verloren, und übernommene Arbeitnehmer verdienen plötzlich weniger Geld, weil ja der wirtschaftlich günstigere Anbieter den Zuschlag erhält. Im Zusammenhang mit der Zusammenführung der beiden zurzeit existierenden kommunalen Entsorger (Merseburger Entsorgungsgesellschaft mbH und Entsorgungsgesellschaft Querfurt) ergeben sich übrigens sehr sinnvolle Synergien, z. B. die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Unternehmen. So könnte, wie beispiels-

weise im Querfurter Raum, die Straßenunterhaltung durch das kommunale Unternehmen realisiert werden. Das betrifft auch außergewöhnliche Situationen wie Hochwasser. Es war und ist uns ganz wichtig, gut bezahlte Arbeitsplätze zu erhalten. Tatsache ist, dass wir die bei Tönsmeier als Privatunternehmen gezahlten Löhne nicht in Erfahrung bringen konnten. Sicher ist, dass die gezahlten Löhne unter denen der kommunal gezahlten BDE-Tarife liegen. Übrigens hat der Landkreis seine Bereitschaft erklärt, Mitarbeitende von Tönsmeier zu

übernehmen, da sie sich im Entsorgungsgebiet auskennen. Richtig ist, dass gut bezahlte Arbeit auch finanziert werden muss und sich daher die Lohnkosten in der Gesamtbilanz des Unternehmens niederschlagen. Deshalb haben wir als Kreistagsfraktion den Blick bereits nach vorn gerichtet und auch der Kreisverwaltung deutlich gemacht, dass wir bei der Gestaltung und Umsetzung des Konzepts bis hin zur Gebührensatzung ein erhebliches Wort mitreden werden.

László Müller



Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückner: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückner: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückner: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schaftet, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückner: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



